

Wera Reusch/Antje Wiener

Einleitung

Während hierzulande soziale Bewegungen wie die Anti-AKW-, die Friedens- oder die Frauenbewegung in den letzten Jahren eine wesentlich geringere Rolle spielten, als noch zu Beginn der 80er Jahre, läßt sich in Lateinamerika eine andere Tendenz beobachten. Ob Stadtteil-, oder Landbesetzungsbewegungen, ob Menschenrechtsgruppen oder Organisationen ethnischer Minderheiten, ob Frauen- oder Ökologiebewegung, die Zahl der selbstorganisierten Gruppen und Basisorganisationen wird immer größer, die Netze immer dichter. Auch eine Sonderform sozialer Bewegungen, die religiösen Bewegungen, gewinnen immer mehr AnhängerInnen.

Die Gründe für das Anwachsen dieser Bewegungen sind vielschichtig. Eine wichtige Rolle spielt sicher die sich verschärfende ökonomische Krise, die in den letzten Jahren zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Region geführt hat. Von der Krise besonders betroffen sind hochverschuldete Länder wie Mexiko, Brasilien, Argentinien und Venezuela, aber auch in vielen anderen Ländern ist die Situation durch hohe Inflation, sinkende Realeinkommen und steigende Erwerbslosigkeit gekennzeichnet. Die Entwicklungsideologie, die sozialen Aufstieg, die Teilhabe an den Errungenschaften der „Modernität“ und die Aufhebung der Massenarmut in Aussicht gestellt hatte, hat sich für die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung als trügerisch erwiesen. Auch das häufig sogar verfassungsrechtlich garantierte Versprechen sozialstaatlicher Absicherung blieb unerfüllt.

Soziale Bewegungen, die wie die Stadtteilbewegung und Teile der Frauenbewegung in Elendsvierteln entstehen, setzen an den Nöten und Problemen des alltäglichen Lebens an und versuchen, durch gemeinsame Organisation die Lebensbedingungen zu verbessern und das Überleben zu sichern. Im Mittelpunkt stehen Probleme wie Land, Einkommen, Infrastruktur oder Gesundheitsversorgung, aber auch der Zugang zu Bildung, der Erhalt der Volkskultur oder der Kampf gegen Gewalt.

Den Ausgangspunkt sozialer Bewegungen bilden neben materiellen auch immaterielle Bedürfnisse. Das Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie auf eigenständige kulturelle Identität spielen in den Bewegungen ethnischer Minderheiten, in Frauen- und Menschenrechtsbewegungen eine zentrale Rolle.

Auch staatsbürgerliche Rechte und größere politische Partizipation werden immer stärker eingeklagt. In Ländern wie Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay, in denen sich große Hoffnungen auf die Demokratisierungsprozesse richteten, hat sich Ernüchterung breit gemacht. Die Konspiration zwischen

ziviler Macht und militärischer Elite, die dazu geführt hat, daß die Verbrechen, derer sich Polizei und Militär schuldig gemacht haben, „vergessen“ und die Schuldigen amnestiert werden, hat in den betroffenen Ländern Massenproteste ausgelöst. Aber auch in Ländern wie Venezuela und Costa Rica, die auf eine jahrzehntelange demokratische Tradition zurückblicken, haben die Parteien, Gewerkschaften und anderen traditionellen, politischen Akteure längst ihr Ansehen verspielt, konstituieren sich soziale Bewegungen als neue politische Subjekte.

Die in diesem Band vorgestellten sozialen Bewegungen können nur einen begrenzten Ausschnitt aus der Vielfalt lateinamerikanischer Bewegungen darstellen. Sie spiegeln dennoch bereits die große Bandbreite hinsichtlich der TrägerInnen, der Ziele und Forderungen, der Organisationsformen und der Auseinandersetzung mit anderen sozialen Kräften und politischen AkteurInnen wider. Drei grundsätzliche Konfliktlinien tauchen dabei immer wieder auf. Es sind dies die Widersprüche zwischen den Geschlechtern, den Klassen und den Ethnien, die in vielen Bewegungen eng miteinander verwoben sind.

Zurückgekehrt von Studienaufenthalten in Lateinamerika traf sich die Mehrzahl der AutorInnen dieses Buches im Sommer 1989, um die Erfahrungen mit verschiedenen sozialen Bewegungen in Lateinamerika und hier in der BRD gemeinsam zu reflektieren.(1) Gemeinsam ist allen, daß wir uns bei der Beschäftigung mit sozialen Bewegungen einer Stellungnahme nicht entziehen können und wollen. Soziale Bewegungen erscheinen uns einerseits als Hoffnungsträger im Hinblick auf Autonomie, Basisdemokratie und Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Auf der anderen Seite bleibt festzustellen, daß soziale Bewegungen nicht per se emanzipatorisch wirken und nicht grundsätzlich „gute“ Bewegungen sind. Dies wird am Beispiel fundamentalistischer oder nationalistischer Bewegungen deutlich, die sehr häufig frauenfeindliche oder restaurative Züge tragen.

Trotz unserer Sympathie für bestimmte Bewegungen erscheint es uns wichtig, als WissenschaftlerInnen eine gewisse analytische Distanz zu wahren. Unserer Erfahrung nach trägt die Beschäftigung mit anderen Bewegungen auch dazu bei, einen kritischen Blick „von außen“ auf das eigene Politikverständnis, die Strukturen und Inhalte sozialer Bewegungen in der BRD zu werfen. In der Diskussion über soziale Bewegungen hier und in Lateinamerika wurde allerdings deutlich, wie problematisch es ist, vorschnelle Analogien zu ziehen. Lateinamerikanische Bewegungen sind kein europäischer Export, sie sind oft die Fortführung alter politischer Kämpfe. Sie müssen in ihren Entstehungsbedingungen und Ausprägungen deutlich von westeuropäischen Bewegungen unterschieden werden.(2) Wenig sinnvoll und darüber hinaus kaum wünschenswert erscheint es uns, idealtypische Charakteristika sozialer Bewegungen theoretisch zu konstruieren. Das Charakteristische dieser Bewegungen ist gerade, daß sie sich einer festgemauerten Theorie entziehen, da sie bewegt sind, heterogen und in ständiger Veränderung begriffen.

Politisierung des Geschlechterverhältnisses

Im ersten Teil des Sammelbandes werden verschiedene Frauenbewegungen und Bewegungen von Frauen dargestellt. Anhand der Beiträge zu **Venezuela** und **Mexiko** wird deutlich, daß das Geschlechterverhältnis von Lateinamerikanerinnen auf sehr unterschiedliche Art und Weise problematisiert wird. Zum einen gibt es feministische Gruppen, deren Mitglieder besonders in der Gründungsphase der 70er Jahre noch überwiegend der Mittelschicht oder dem universitären Umfeld angehörten. Ihr Ziel ist es, die herrschende patriarchale Ideologie einer fundamentalen Kritik zu unterziehen und gleichzeitig autonome Strukturen und Räume zu schaffen, die selbstbestimmtes Leben und Handeln von Frauen stärken sollen. Zum anderen gibt es Frauenorganisationen der *mujeres populares*, der Frauen aus dem Volk, die in ganz Lateinamerika an Bedeutung gewinnen. Ausgehend von der Tatsache, daß diejenigen Frauen, die der verarmten Bevölkerungsmehrheit angehören, von der strukturellen Diskriminierung in allen Bereichen wesentlich härter betroffen sind, zielen ihre Forderungen häufig nicht primär auf eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses, sondern zunächst auf eine Behebung materieller Mängel und erst im weiteren auf eine Veränderung sozialer Beziehungen.

Die Konzepte lateinamerikanischer Frauenbewegungen sind heterogen. Frauengruppen gehen entweder von einem geschlechtsspezifischen Ansatz aus, das heißt sie versuchen, die hierarchischen Strukturen zwischen den Geschlechtern aufzubrechen, oder sie verbinden die Kategorie Geschlecht mit anderen Kategorien: Klasse, Ethnie oder Alter beispielsweise. Oft entsteht erst im Kampf gegen konkrete Mißstände ein Bewußtsein für die geschlechtsspezifische Komponente. Für alle Gruppen gilt, daß sie an einem bestimmten Punkt des Kampfes der Unterdrückung aufgrund ihres Geschlechts gewahr werden, das Verhältnis der Geschlechter problematisieren, ein verändertes Selbstbewußtsein entwickeln und Forderungen an andere soziale Kräfte und AkteurInnen richten.

Daß Frauenbewegungen in Lateinamerika nicht neu sind, wird in diesem Band am Beispiel **Venezuela** deutlich. Bereits in den 30er Jahren existierte eine Frauenbewegung, die Frauenwahlrecht und eine frauengerechte Reform des *Código Civil* und der Arbeitsgesetzgebung forderte. Neu ist indes die Vielfalt der heutigen Frauenbewegung und die starke Annäherung ganz unterschiedlicher Frauengruppen und -organisationen in den letzten Jahren, die sich in gemeinsamer politischer Praxis manifestiert, wie der Beitrag von **Kerstin Zillmann** und **Wera Reusch** zeigt.

In ihrem Beitrag über Näherinnen in **Mexiko-Stadt** beschreibt **Antje Wiener** die Entstehungsbedingungen einer Frauengewerkschaft. Ausgangspunkt dieser Bewegung ist die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und speziell in der Bekleidungsindustrie. Die Gründung einer reinen Frauengewerkschaft - einem Novum nicht nur in der mexikanischen

Geschichte - war der Beginn eines Bewußtseinsprozesses unter den Näherinnen und einer geschlechtsspezifischen Gewerkschaftspolitik.

Die Tatsache, daß Frauen in fast allen sozialen Bewegungen, insbesondere in städtischen Bewegungen, die tragende Rolle spielen, ist kaum zu übersehen, auch wenn dies männlichen Forschern und Protagonisten zumeist entgeht, da sie sich beharrlich weigern, die von ihnen als „Hausfrauen“ betrachteten Frauen als politische Subjekte zu begreifen. Der Grund, warum viele Stadtteilbewegungen von Frauenbewegungen kaum zu unterscheiden sind, ist darin zu suchen, daß Frauen und Kinder im Stadtteil leben und dort relativ zuverlässige „Familien“ bilden, die die soziale Gemeinschaft tragen, während Männer häufig zwischen verschiedenen Haushalten „nomadisieren“ und weniger Interesse an langfristigen Verbesserungsmaßnahmen haben. Der Kampf der Stadtteilbewegungen in den Metropolen ist eng mit „weiblichem“ Alltag verbunden. Forderungen nach Land, Wasser, Strom, Kindergärten, Transport, Müllentsorgung, Schutz vor (männlicher) Gewalt weisen deutlich auf den engen Zusammenhang von geschlechts- und klassenspezifischer Unterdrückung, auf die Untrennbarkeit von privater, „weiblicher“ und öffentlicher Sphäre, hin.

Obwohl viele Bewegungen von Frauen angestiftet und maßgeblich getragen werden, bedeutet dies nicht, daß sie nicht von Männern dominiert und nach außen vertreten werden (siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Seligmann über die uruguayische Bewegung gegen das Amnestiegesetz in diesem Band). Es bedeutet auch nicht, daß das Geschlechterverhältnis innerhalb der Bewegung thematisiert wird oder Forderungen von Frauen aufgenommen werden. Um dem zu entgehen, organisieren sich Frauen vermehrt autonom. So geschehen im Falle der Stadtteilbewegung von **Mexiko-Stadt**, wo sich 1983 vierzig Frauengruppen aus verschiedenen Elendsvierteln zu einer Dachorganisation zusammenschlossen, um eigenständig arbeiten und ihre Forderungen wirksamer vertreten zu können. Der Beitrag von **Adele Schmidt** und **Christiane Burkhard** zeigt, wie sich das Selbstverständnis dieser Organisation im Lauf der Zeit veränderte, und wie sich das entwickelte, was unter der Bezeichnung *feminismo popular* inzwischen in ganz Lateinamerika zu einer wichtigen Strömung innerhalb der feministischen Diskussion wurde.

Daß Frauen in einer Situation ökonomischer Unsicherheit, geschlechtsspezifischer und ethnisch begründeter Unterdrückung auch ganz andere Lösungsmöglichkeiten wählen können, als die selbstbestimmter Organisation, ist das Thema des Aufsatzes von **Juliana Ströbele-Gregor**. Sie geht der Frage nach, warum sich gerade Frauen, in diesem Fall Aymara-Frauen in **La Paz/Bolivien**, in großer Zahl evangelikalen, fundamentalistischen Organisationen wie den Adventisten anschließen. Dabei handelt es sich keinesfalls ausschließlich um verführte Opfer, sondern häufig um Frauen, die ganz bewußt die Bildungs- und Partizipationsangebote dieser religiösen Bewegung in Anspruch nehmen. Sie versprechen sich von einer Mitgliedschaft soziale Mobilität, die

durch das amerikanische Kleinfamilienmodell und die formale Bildung unterstützt wird. Darüberhinaus scheint das Ehe- und Familienkonzept der Adventisten männliche Verantwortungslosigkeit, Alkoholismus und Gewalttätigkeit einzuschränken.

Nordamerikanische, protestantische Sekten, die in ganz Lateinamerika immer größeren Zulauf erfahren, sind zweifellos ein Sonderfall sozialer Bewegungen. Die Gründe für eine Mitgliedschaft in diesen Gruppen entsprechen weitgehend denen, die anderen sozialen Bewegungen zugrunde liegen. Der entscheidende Unterschied muß jedoch darin gesehen werden, daß sie auf den Großteil ihrer AnhängerInnen extrem entpolitisierend wirken und wirken wollen. Indem die Verbesserung der Lebensverhältnisse als individuelles Problem angesehen wird, bleiben grundsätzliche Mißstände unangetastet. Sekten üben häufig eine Befriedungsfunktion aus, die eine mögliche politische Mobilisierung im Keim erstickt.

Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Integration

Für viele Bewegungen ist der Begriff der Autonomie, verstanden als Unabhängigkeit von Parteien, (herkömmlichen) Gewerkschaften und Staat, konstitutiv. Andererseits erliegen soziale Bewegungen zum Teil der Versuchung, ihre Interessen über Parteien oder staatliche Institutionen vermittelt durchzusetzen, was immer die Gefahr einer Vereinnahmung der Bewegung und einer Verwässerung der ursprünglichen Ziele in sich birgt. Die Strategien der Bewegungen bewegen sich genau in diesem Spannungsfeld zwischen Autonomie einerseits und „aktiver Integration“ (Jürgen Weller) andererseits, das heißt der wirkungsvollen Interessenvertretung innerhalb der Institutionen. Während es in einigen Fällen sinnvoll erscheint, Forderungen an den Staat zu stellen, die eine Situation grundsätzlich ändern sollen, verfolgen andere Bewegungen die gegenteilige Strategie. Im Wissen um die Unfähigkeit des Staates sprechen sie ihm bestimmte Kompetenzen ab und verfolgen stattdessen selbstorganisierte, „kleine“ Lösungen.

Demgegenüber steht im Normalfall eine ganze Palette möglicher Reaktionen des Staates. Sie reicht von Ignoranz, über Manipulation und Vereinnahmung bis hin zu Kriminalisierung und militärischer Niederschlagung der politischen Forderungen von Basisbewegungen.

Der zweite Teil des Bandes untersucht anhand von Beispielen aus **Uruguay, Chile, Costa Rica, Kolumbien** und **Mexiko** das Verhältnis zwischen sozialer Bewegung und Staatsmacht. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, unter welchen Bedingungen es sozialen Bewegungen gelingen kann, Handlungsspielräume zu erkämpfen.

Anhand des von **Michael Seligmann** beschriebenen, **uruguayischen** Beispiels

der Bewegung gegen das Amnestiegesetz, das eine Generalamnestie für Verbrechen des Polizei- und Militärapparates vorsah, zeigt sich, daß soziale Bewegungen in Krisensituationen zu flächendeckenden Bewegungen anwachsen können. Auslösendes Moment dieser Bewegung bildete die Enttäuschung über die parlamentarische Demokratie, die offenbar vor allem junge Frauen und Männer sowie städtische Bevölkerungsgruppen mobilisierte. Obwohl es sich hier um eine vergleichsweise starke Bewegung handelt, ist sie weder gegen Manipulationsversuche von seiten der Regierung gefeit, noch konnte sie letztendlich das Amnestiegesetz zu Fall bringen.

Größere politische Partizipation und Basisdemokratie sind in **Mexiko** die Forderungen einer Volksbewegung, die der herrschenden Regierungspartei PRI massiven Wahlbetrug unterstellt, und damit der 1988 „gewählten“ Regierung die Legitimität abspricht. In ihrem Beitrag schildert **Barbara Beck** das Selbstverständnis dieser Bewegung („Wir sind die Mehrheit“) und die phantasiereichen Aktionsformen, die darauf abzielen, den PRI-Staat lächerlich zu machen. Symbolfigur dieser Bewegung ist Superbarrio, ein wirklich gewordener Comic-Held, der die Ohnmacht der Armen überwindet und für sie kämpft.

Anders als die übrigen Beiträge geht der Aufsatz von **Theodor Rathgeber** über soziale Bewegungen in **Kolumbien** nicht von der Beschreibung einer konkreten Bewegung aus. Er unternimmt vielmehr den Versuch einer Einschätzung, welche gesellschaftliche Wirkung und Relevanz soziale Bewegungen im politischen Kontext Kolumbiens erzielen konnten. Wenn auch ihre unmittelbare Wirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt eher marginal ist, gelingt es ihnen dennoch, durch Forderungen nach Basisdemokratie, Gleichberechtigung und Autonomie den politischen Diskurs, vor allem der Opposition, zu verändern.

Die Mechanismen staatlicher Politik gegenüber sozialen Bewegungen, die **Jürgen Weller** als „passive Integration“ bezeichnet, werden am Beispiel **Costa Ricas** deutlich. Gegenüber einer immer stärker werdenden Bauernbewegung, verfügt die Regierung über eine Vielzahl von integrativen Maßnahmen. Diese reichen von einer paternalistischen Sozialpolitik bis zu gezielt eingesetzter, offener Repression. Während lange Zeit genügend Ressourcen zur Verfügung standen, um aufwendige Sozialprogramme zu finanzieren, zeigt sich nun in Zeiten der Krise, daß der Staat auf „billige“ und stark ideologisierte Strategien, wie etwa die Betonung eines „nationalen Konsenses“, zurückgreift.

Das vielleicht krasseste Beispiel für soziale Bewegungen im Spannungsfeld von Autonomie und Integration sind die zahlreichen ethnischen Bewegungen Lateinamerikas. Integration bedeutet für sie seit Jahrhunderten nichts anderes als Ermordung oder Dezimierung, Zwangsarbeit, Landenteignung und Deportation. Der Widerstand indianischer Gruppen ist weder neu - er begann mit der Conquista - noch obsolet, denn auch die lateinamerikanische Demokratie ist weiß. **Jens Schneider** zeigt anhand der Geschichte der Mapuche-India-

nerinnen und -Indianer sowie ihrer Organisationen, wie sich die Forderung nach ethnischer Autonomie in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation in **Chile** entwickelte. Der Begriff der Autonomie erfährt hier eine Erweiterung. Er umfaßt die Anerkennung einer eigenen ethnischen, ja sogar nationalen Identität. Der Optimismus der Mapuche-IndianerInnen, der sich im Titel dieses Beitrags widerspiegelt, ist auch anderen Bewegungen, die wir hier beschreiben, zu wünschen: „*Zehnmal werden wir siegen!*“.

Anmerkungen:

1. Der überwiegende Teil der Beiträge entstand im Rahmen von Arbeits- und Studienaufenthalten in Lateinamerika, die finanziell vom ASA-Programm der Carl-Duisberg-Gesellschaft unterstützt wurden. Das Seminar „(Re-)Demokratisierung und neue soziale Bewegungen in Lateinamerika“ wurde ebenfalls vom ASA-Programm finanziert.

2. Auf die äußerst umfassende und teilweise unfruchtbare Diskussion über neue soziale Bewegungen in Europa wollen wir in diesem Rahmen nicht eingehen, da uns eine Übertragung auf lateinamerikanische Verhältnisse problematisch erscheint.